

*Le Président de la Confédération, G. Motta,  
au Ministre de Suisse à Berlin, P. Dinichert*

*Copie*

L MB. Vertraulich

Bern, 12. Juni 1937

Die deutsche Regierung hat in Bern mitteilen lassen, dass sie beabsichtige, die deutschen Befestigungen am Rhein vom Isteinerklotz bis an die Schweizergrenze weiterzuführen. Die Deutsche Gesandtschaft hat sich zunächst mit dem Politischen Departement verständigt, wem und in welcher Form diese Mitteilung zu machen sei. Sie erfolgte dann durch den deutschen Militärattaché, Oberstleutnant von Ilsemann, an den schweizerischen Generalstabschef. Vor der Besprechung fand zwischen dem Generalstabschef und dem Eidgenössischen Politischen Departement ein Meinungs austausch statt. Die Antwort, die Herr Oberstkorpskommandant Labhart dem deutschen Militärattaché erteilte, erfolgte im Einvernehmen mit dem Politischen Departement.

Wir beehren uns, Ihnen in der Beilage eine Aktennotiz von Herrn Oberstkorpskommandant Labhart über die erwähnte Besprechung zur gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden<sup>1</sup>.

Falls Sie von deutscher Seite in dieser Angelegenheit angesprochen werden sollten, wären wir Ihnen zu Dank verbunden, wenn Sie ebenfalls offiziös den Standpunkt zum Ausdruck bringen wollten, den der Generalstabschef dem deutschen Militärattaché gegenüber vertreten hat.

Wir möchten noch ergänzend erwähnen, dass das Befestigungsverbot von Hünigen sich nur auf das linke Rheinufer bezieht und dass die Schweiz somit keinen Rechtsanspruch gegenüber Deutschland hat auf Unterlassung von Befestigungsanlagen auf dem rechten Rheinufer. Um 1901 hat Deutschland ebenfalls die Absicht mitgeteilt, die Höhe von Tülingen zu befestigen. Es wurden damals Schritte bei der deutschen Regierung eingeleitet, die sich zwar nicht auf rechtliche Ansprüche stützen konnten, sich aber aus dem freundschaftlichen Verhältnis ergaben. Die deutsche Regierung verzichtete schliess-

---

1. Cf. annexe.

12 JUIN 1937

181

lich auf die Durchführung der erwähnten Befestigung, wahrscheinlich offenbar weil ihr keine grosse Bedeutung beigelegt wurde und weil der Reichstag Schwierigkeiten machte in der Gewährung der hiezu nötigen Kredite.

### ANNEXE

#### DEUTSCHE BEFESTIGUNGSANLAGEN BEI BASEL BESPRECHUNG VOM 11. JUNI 1937

Der deutsche Militärattaché, Oberstlt. von Ilseman, war heute bei mir und teilte mir im Auftrag der Reichsregierung mit, dass Deutschland beabsichtige, auf dem rechten Rheinufer, vom Isteinerklotz bis an die Schweizergrenze, Befestigungsanlagen zu erstellen. Auf meine Frage, ob diese Mitteilung im Auftrag der Reichsregierung oder der Heeresleitung erfolge, antwortete Oberstlt. von Ilseman, er spreche im Auftrag der Reichsregierung; Herr Minister Köcher habe ihn damit beauftragt, weil es sich um eine militärische Frage handle.

Ich sagte Oberstleutnant von Ilseman, dass uns die Anlage von Befestigungen unmittelbar vor den Toren Basels sehr unerwünscht seien. Dabei wies ich auf den Zweck der Hünigerklausel des Pariser-Vertrages hin und teilte mit, dass nach unsern Informationen sich die Franzosen bisher an die Bestimmungen dieses Vertrages gehalten hätten. Sie hätten bis jetzt keine eigentlichen Befestigungsanlagen im Umkreis von 3 «lieues» (eine französische «lieue» = 4445 m) angelegt. Was sie bis jetzt gebaut hätten seien nur kleine Sperrungen und nicht eigentliche Befestigungsanlagen. Wenn nunmehr die Deutschen die Tüllinger-Höhe befestigten, würden sich unseres Erachtens die Franzosen nicht mehr an den Vertrag von 1815 gebunden fühlen und ihre Befestigungsanlagen ebenfalls an die Grenze vorschieben. Je näher solche Anlagen an Basel zu liegen kämen, desto grösser sei die Gefahr von Neutralitätsverletzungen oder sogar des Einbezugs der Stadt Basel in das Kriegsgebiet.

Ich wies ferner auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz und zwischen der deutschen und der schweizerischen Armee hin und sprach den Wunsch aus, es möchte alles vermieden werden, was geeignet sei diese guten Beziehungen zu trüben. Wenn Deutschland auf der Tüllingerhöhe baue, werde das sofort bekannt werden und, weil es als unmittelbare Bedrohung aufgefasst würde, eine starke Erbitterung in unserer Bevölkerung hervorrufen. Von französischer Seite werde dann nicht verfehlt werden, Deutschland als den Störefried hinzustellen.

Als Ergebnis der Besprechung ersuchte ich Oberstleutnant von Ilseman, dahin wirken zu wollen, dass die deutsche Heeresleitung vorerst einmal die Frage prüfe, ob es mit Rücksicht auf die Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder nicht besser wäre, die Sperranlagen weiter rückwärts in die Täler zu verlegen, ähnlich wie es die Franzosen getan haben. Dadurch würde auf deutschem und französischem Gebiet, die gleiche, für uns einigermaßen erträgliche Situation geschaffen.

Oberstleutnant von Ilseman sprach sich dahin aus, dass er eine solche Lösung sehr gerne vorschlagen und auch empfehlen wolle. Wir kamen überein, vorerst das Resultat dieser Unterredung abwarten zu wollen.